

# Angst vor der Zukunft ? – Fit für die Zukunft !

*Vortrag von Ständerat Prof. Dr. Hans Letsch, Aarau,  
gehalten anlässlich der Generalversammlung des Aargauischen  
Gewerbeverbandes vom 30. April 1981 in Lenzburg.*



# Einleitung

In wenigen Stunden wird die Aargauische Berufs-, Gewerbe- und Landwirtschaftsausstellung, die AG 81, eröffnet werden. Nach den Worten Ihres Präsidenten, Herrn Christian Speck, anlässlich der ersten Pressekonferenz am 19. Februar 1981 soll diese Ausstellung u.a. «eine machtvolle Demonstration der Leistungsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft» sein. Ist es da nicht abwegig, ist es nicht Ausdruck von Kleinmut, ist es nicht fast Spielverderberei, an einem solchen Tag das Wort «Angst» in den Mund zu nehmen? Tönt es zudem nicht beinahe grotesk, wirkt es nicht undankbar, angesichts des eindrücklichen technischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts der vergangenen Jahrzehnte heute von Angst zu reden? Angst war und ist in keiner Situation eine gute Ratgeberin. Mit Angst lösen wir keine Probleme. Und doch – so will mir jedenfalls scheinen – lasten Unsicherheit und Angst vor der Zukunft oft wie Blei auf Jungen und Alten, auf Armen und Reichen, auf Gesunden und Kranken. Lassen Sie mich deshalb in einem ersten Teil nach Ursachen dieses Unbehagens fragen, unter weitgehender Beschränkung allerdings auf wirtschaftliche und politische Aspekte. Fürchten Sie aber nicht, dass ich in dieser Analyse allzu lange verharre. Wer das Vorrecht hat – wie die meisten unter Ihnen – an der wirtschaftlichen Front zu kämpfen, sei es als Selbständigerwerbender, als Inhaber eines gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betriebes oder als Leiter eines Industrieunternehmens, der analysiert, um sich anschliessend sofort wieder den Möglichkeiten zuzuwenden, die den Weg in die Zukunft weisen. So wollen und dürfen wir uns im zweiten Teil an einigen Lichtpunkten orientieren und darin Kraft für die Bewältigung der mannigfaltigen Herausforderungen schöpfen. Inhalt und Voraussetzungen dieser Zuversicht sind dann Inhalt des dritten Teils.

# 1. Herausforderungen an der Schwelle der 80er Jahre

Ich werde in diesem Referat einiges sagen, das mir bei progressiven Zeitgenossen den Vorwurf des Spiessbürgers, des Seldwyla-Politikers und des Konservativen eintragen wird. Trotzdem bin ich nicht so kleinkariert und engstirnig, dass ich die Herausforderungen an der Schwelle der 80er Jahre als einmalig, als von bisher nie gekannter Wucht verkaufen und den Eindruck erwecken möchte, noch nie sei eine Generation so gefordert gewesen wie die unsere. Wir wollen die Geschichte heute nicht bemühen. Doch rufen uns zwei Stichworte wohl ausreichend in Erinnerung, dass vor gar nicht allzu langer Zeit auch nicht einfache Probleme zu bewältigen waren. Ich meine die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre und den Zweiten Weltkrieg. Wichtig ist nicht, das Mass einer Herausforderung zu beklagen, sondern deren Besonderheit zu erkennen und entsprechend zu handeln. Lassen Sie mich deshalb an einigen Beispielen zeigen, um was es heute geht. Ich greife vorerst ein paar weltweite Herausforderungen heraus und skizziere dann das innenpolitische Unbehagen.

## 1.1 Weltweite Herausforderungen

- a) Da ist zunächst der *technische Fortschritt*, der die imposante Entwicklung der letzten Jahrzehnte überhaupt erst ermöglicht hat. Diesen Fortschritt möchte kaum jemand missen. Nichts ist blöder als die Verkettung der Technik. Wir brauchten und wir brauchen sie. Und doch wird uns allmählich auch der Preis, werden uns Grenzen bewusst: Technische Errungenschaften wirkten befreiend; sie schafften aber auch neue Abhängigkeiten. Vieles ist sicherer, anderes ist verletzlicher geworden. Geborgenheit ging verloren und wurde durch Gigantisches ersetzt. Gefahren drohen weniger von der Technik als solcher als vielmehr von der Art und Weise, wie der Mensch davon Gebrauch macht. Haben wir gerade diesbezüglich nicht oft Angst?
- b) Da sind weiter *politische Krisenherde, Terroranschläge und kriegerische Auseinandersetzungen*. Sie spielen sich seit Jahrzehnten zwar meist geographisch begrenzt und weitab unseres heilen Schweizerhauses ab. Aber die Welt ist kleiner geworden. Wir sind einander nähergerückt und voneinander abhängiger geworden. Was irgendwo im Fernen oder Nahen Osten passiert, alarmiert den Westen, verbreitet Unsicherheit und Angst. In gegen 130 geographisch begrenzten Kriegen haben seit dem Zweiten Weltkrieg 32 Millionen Menschen den Tod gefunden – und wir wähen uns im Frieden! Wann trifft es uns?

- c) Da sind schliesslich die ungelösten *weltwirtschaftlichen Probleme*. In den Ländern der OECD mehrt sich das Heer der – echten und unechten – Arbeitslosen; 25 Millionen sollen es sein. In andern Kontinenten will es nicht gelingen, die Armut zu mildern. Ein Teil der sogenannten Entwicklungsländer verfügt über «schwarzes Gold» und verkauft es zu Preisen, welche die Inflation in den Industrieländern anheizen und die armen Entwicklungsländer in eine wachsende Verschuldung treiben. Was die westlichen Industrienationen jährlich an öffentlicher Entwicklungshilfe in diese Länder hineinpumpen, reicht nicht einmal aus, um diese Preissteigerungen aufzufangen, von einer realen Verbesserung des Lebensstandards gar nicht zu reden. Wirtschaftliche Teufelskreise, politische Ohnmacht, vielleicht auch Kalkül auf der einen, Naivität auf der anderen Seite, verbreiten weltweit Unsicherheit und Angst.

Neben diesen und anderen Herausforderungen mögen uns die Probleme im eigenen Land als eher bescheiden vorkommen. Sie dürfen uns aber nicht gleichgültig sein. Wenden wir uns deshalb einigen Beispielen des innenpolitischen Unbehagens zu.

## 1.2 Innenpolitisches Unbehagen

- a) Unsere soziale Marktwirtschaft und unser freiheitlich-föderalistischer Staat haben in der Nachkriegszeit einen imposanten Leistungsnachweis erbracht. Das anfänglich harmonische Wachstum steigerte sich bald einmal zu einer eigentlichen Euphorie. Der «Turm zu Babel» wuchs und wuchs, ohne Rücksicht darauf, ob das *wirtschaftliche Fundament trägt*. Äussere Grösse wird vielerorts höher eingeschätzt als innere Stärke. Kaum war der erste Kollaps Mitte der 70er Jahre einigermaßen überwunden, setzte eine neue Flucht nach vorn ein. Heute werden in weiten Bereichen unserer Wirtschaft Umsätze um der Umsätze willen erschuf-tet, aber keine ausreichenden Gewinne zur Festigung des angeschlagenen Fundamentes erzielt. Viele Unternehmer wissen zwar um die Notwendigkeit struktureller Anpassungen. Sie zögern aber, weil solche Massnahmen leicht als kapitalistischer Eigennutz missdeutet werden, weil Mobilität als modernes Nomadentum angeprangert wird, weil sie Angst haben vor der sogenannten öffentlichen Meinung.

Umgekehrt geben wirtschaftliche Strukturprobleme dem Ruf nach *Systemveränderung* Auftrieb. Politische Chefideologen, Arm in Arm mit

einzelnen Gewerkschaftsfunktionären – ich ziehe den Kreis bewusst eng und spreche nicht vom Gros der Arbeitnehmer – präsentieren Rezepte, die zwar überall, wo sie angewandt werden, versagen, von denen sie sich aber offenbar Erfolge bei den nächsten Wahlen versprechen. Es sind dieselben Kreise, die wännen, *alles, was der Staat verspreche und verteile, falle als Manna vom Himmel*. Sie rufen nach mehr Gesetzen, nach staatlichen Beihilfen, Konzeptionen und Programmen, und natürlich nach noch mehr Geld für die staatliche Giesskanne. Als ob nicht alle Steuern und Abgaben zuerst erarbeitet werden müssten, erarbeitet von Arbeitnehmern, Selbständigerwerbenden, Klein- und Mittelbetrieben in Gewerbe und Landwirtschaft, von Industrieunternehmungen und sogar von den bösen Banken! Muss uns nicht begründetes Unbehagen, ja Angst befallen, wenn wir daran denken, dass die *Fiskalbelastung*, das heisst der Anteil der Steuern und obligatorischen Sozialversicherungsabgaben am Bruttoinlandprodukt, von 1965 bis 1978 in der Schweiz um über 50% zugenommen hat. Das ist mehr als in allen vergleichbaren Staaten, mehr beispielsweise als in der BRD (+ 21%), in den USA (+ 15%) oder in England (+ 18%). Inzwischen hat sich die Steuerquote stabilisiert. Doch soll nach Auffassung des Bundesrates die staatliche «Tellersammlung» auf der ganzen Linie weitergehen und so das private Eigentum allmählich ausgehöhlt werden.

- b) Die Eigendynamik des Wohlfahrtsstaates – nicht der Wohlfahrtsstaat an sich – hat aber auch *staatspolitische Gefahren* sichtbar werden lassen, die Unbehagen verursachen. So wurde von Prof. Kirsch in einem eindrücklichen Aufsatz, der unter dem Titel «Die Wiedergeburt des Leviathan» am 1. Mai 1980 in der «Frankfurter Allgemeinen» erschienen ist, dargelegt, *wie sich der Wohlfahrtsstaat selber zerstört:*

*«In den kleinen Gemeinden fühlte sich der Einzelne als Person behandelt, nicht als Fall erledigt; er hatte auch weniger die Möglichkeit zum Missbrauch. Anders im Wohlfahrtsstaat: Sein Umfang zwingt ihn zur Standardisierung seines Angebots, mit dem Ergebnis, dass sich der Einzelne weniger aufgehoben als ausgeliefert vorkommt. ... Der Wohlfahrtsstaat reagiert nicht auf individuelle Notlagen, sondern auf organisierten gesellschaftlichen Druck.»*

Die Komplizierung und wachsende Fülle der dem Staat übertragenen Aufgaben hat *den Staat und seinen Apparat* mächtiger werden lassen. Für den einzelnen Bürger ist die Verwaltung undurchschaubar, abstrakt

und fremd. Das gilt jedenfalls für die zentralstaatliche Verwaltung, von der sich zum Beispiel unsere aargauische Staatsverwaltung noch wohlthuend unterscheidet. Eidgenössische Parlamentarier aber bekunden Mühe, sich gegen eine Regierung und eine Verwaltung zu behaupten, die in allen Beratungen das letzte und das längste Wort für sich beansprucht und allzuoft Prestige einwirft. Sie können es nur, wenn sie sich um ein eigenständiges, sachkundiges Urteil bemühen, und wenn ihnen dieses wichtiger ist als das Wohlgefallen der Regierung und der auf Konkordanz bedachten Parteiprominenz – ganz gleich welcher Prägung! Weil es aber daran fehlt, sind wir allzuoft Zeuge einer *sterilen Betriebsamkeit auf dem politischen Parkett* und öffnet sich immer wieder die Kluft zwischen sogenannten Volksvertretern und dem Souverän. Missfällige Äusserungen des Bundeshauses nach negativen Volksabstimmungen und anschließende Zwängereien durch die Hintertür sind indessen nicht dazu angetan, den Bürger für den nächsten Urnengang zu motivieren. Was zurückbleibt, ist das Unbehagen über die *schlechte Stimmbeteiligung* und die Angst vor der Zukunft des Parlamentes bzw. der direkten Demokratie.

- c) Liegen nicht vielleicht in solchen Schwachstellen unserer Institutionen – nicht in den Institutionen an sich – auch wichtige Ursachen einer gewissen *Resignation*, vor allem unserer Jugend? Und nützen nicht die Drahtzieher der sogenannten Jugendkrawalle eben diese Resignation aus, um diese Institutionen anzuprangern? Wir können es m.E. niemandem, auch der Jugend nicht, verargen, wenn sie sich über ungute Entwicklungen in Staat und Wirtschaft Gedanken macht. Wir beseitigen das Unbehagen aber nicht damit, dass wir *Gewalt und zerstörerische Kräfte* dulden. Was nützt, ist die Spreu vom Weizen zu scheiden, den auf Systemveränderung bedachten Drahtziehern und ihren Helfern mit unsern rechtsstaatlichen Mitteln das Handwerk zu legen und im übrigen unsere freiheitlich-föderalistische Staats- und Wirtschaftsordnung zu läutern und zu festigen.

Diese Aufgabe wird um so erfolgversprechender, als in letzter Zeit Anzeichen einer solchen Läuterung und Festigung sichtbar geworden sind.

## 2. Lichtblicke

- a) Als weitgehend unversehrte Stütze unserer Staats- und Wirtschaftsordnung erachte ich *das nüchterne Urteil des Souveräns*. Das ist angesichts der einseitigen Beeinflussung durch Radio und Fernsehen nicht selbstverständlich. Und doch hat der Souverän immer wieder gezeigt, dass er abgeschlossen, dem Fortschritt gegenüber nicht zugeknöpft, aber eher zurückhaltender und massvoller ist als die politischen Profis. Wiederholt wurden Vorlagen von Bundesrat und Parlament in Volksabstimmungen bachab geschickt, nicht zuletzt dank dem Engagement gewerblicher Kreise. Das bedeutete nicht Abbruch, nicht Demontage, nicht Staatsverketzerung. Aber es zwang zum Neuüberdenken bzw. zur *Ausarbeitung zurückhaltenderer Projekte* (z.B. Konjunkturartikel, Raumplanungsgesetz, Hochschulförderungsgesetz, zahlreiche Steuerprojekte). Auch die Reaktionen auf den Entwurf zu einer neuen Bundesverfassung werden nicht achtlos verpuffen. Wer an der direkten Demokratie rüttelt, mag den Turmbau von Babel beschleunigen, wird aber gleichzeitig die Einsturzgefahr vergrössern.
- b) Auch unsere *Wirtschaft* und die sie tragenden *Sozialpartner* haben sich bisher als erstaunlich widerstandsfähig erwiesen. Der Ruf nach Systemveränderung, den der Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz schon sei Jahren erhebt, drang bisher bestensfalls in einige Partei- und Gewerkschaftszentralen vor. Natürlich vollzieht sich der «Bruch mit dem Kapitalismus», den er Ende 1980 erneut auf sein Banner geschrieben hat, nicht schlagartig, sondern in kleinen Schritten. Es ist der «beharrliche Marsch durch die Institutionen», der während Jahren Erfolge brachte. Gerade im Bereich der Finanzpolitik dürfen wir indessen feststellen, dass sich in den letzten Jahren dank wiederholt abgelehnten Steuerprojekten und einer verstärkten Ausgabendisziplin *die Steuer- und Staatsquote praktisch stabilisiert* hat, ohne dass deswegen unser Sozial- und Leistungsstaat demontiert worden wäre. Das darf und muss uns Ansporn sein, hart zu bleiben. Auch die Erfahrungen anderer Staaten, in denen die Wirtschaft und der Steuerzahler noch stärker strapaziert worden sind als bei uns, dürften den Forderungen nach noch mehr Staat in unserem Land wenig Auftrieb geben. Da und dort sind im Ausland bereits *Gegenbewegungen* im Gang, die uns ermutigen sollten. Ich denke an das *Wirtschafts- und Finanzprogramm des neuen amerikanischen Präsidenten Reagan*. Besonders begabte Medienschaffende in unserem Land bezichtigen zwar Reagan einer «naiven und simplifizierenden Sicht» (Kommentar am Schweizer Fernsehen). Man könne darüber nur

den Kopf schütteln (so der «Tages-Anzeiger»). Mir scheint, dass in Reagans Akzenten eher Anzeichen einer Läuterung und Festigung der sozialen Marktwirtschaft zu erkennen sind. Es ist ein kühner, optimistischer Versuch, «die verkrustete Bürokratie aufzubrechen, den Druck der Steuerlast zu vermindern und die wuchernden Staatsausgaben energisch zu beschneiden» («Die Zeit» vom 27. Februar 1981).

- c) Schliesslich dringen gewisse *Lichtblicke sogar aus dem Bundeshaus bzw. dem Parlamentsgebäude* hervor. Die Kraftanstrengung des Ständerates, eigenständig ein realistisches Gesetz über die berufliche Vorsorge (zweite Säule) zu erarbeiten und die Utopie der Verwaltungsexperten dem Bundesrat vor die Füsse zu werfen, erscheint sachlich und politisch als eine mutige, verfahrensmässig aber geradezu als historische Tat. Sie zeigt, dass und wie sich *das Parlament durch Taten* und nicht mit fragwürdigen, untauglichen Pseudoreformen oder sogar durch den Übergang zum Berufsparlament *aufwerten und bewähren kann*.

### 3. Zuversicht als Grundhaltung

Reichen nun aber solche Lichtblicke aus, um die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu bewältigen? Rechtfertigen sie Optimismus, oder bleibt eher Pessimismus die den Zukunftsperspektiven angepasste Grundhaltung? Wenn *Optimismus* eine Zukunftserwartung im Sinne der Wende zum Besseren bedeutet, bin ich nicht unbedingt optimistisch. Optimismus kann auch leicht zu Unbeschwertheit verleiten. Man wiegt sich in Sicherheit und ruht auf den Lorbeeren aus. Wenn umgekehrt mit *Pessimismus* eine Zukunftserwartung im Sinne der Wende zum Schlechteren gemeint ist, bin ich auch nicht pessimistisch. Pessimismus lähmt und führt zu Resignation. Entscheidend ist, dass wir nüchtern und realistisch immer wieder neu die Lage beurteilen, gestützt darauf mutige, aber nicht leichtfertige Entscheidungen treffen und sowohl in der Lagebeurteilung als auch in der Entscheidung und Vollzug *Zuversicht* als Grundhaltung ausstrahlen. Zuversicht verbindet Ernsthaftigkeit mit Heiterkeit. Solche Zuversicht stützt sich für uns, die wir uns der *freiheitlich-föderalistischen Staatsordnung mit der sozialen Marktwirtschaft* verschrieben haben, einerseits auf die Bewährung dieser Ordnung – sie muss den Leistungsnachweis nicht erst erbringen –, andererseits auf Möglichkeiten, Schwachstellen auszumerken, unser «System» zu läutern und zu festigen. Ich darf es mir in diesem Kreis ersparen, mit Fakten zu belegen, *was die soziale Marktwirtschaft geleistet hat*. Zahlen wären abendfüllend. Eindrücklicher ist das Urteil einer wohl unverdächtigen Zeugin, nämlich der Genfer Philosophin Jeanne Hersch. Sie gab kürzlich zu bedenken, dass die noch bestehenden Ungerechtigkeiten uns oft vergessen lassen,

*«wie ausserordentlich gross der Fortschritt ist, der in den letzten Jahrzehnten verwirklicht wurde. Das katastrophale Reden vom Ungenügen und der Ungerechtigkeit im sozialen Bereich ist unberechtigt, wenn man die heutigen Zustände mit früheren Zeiten vergleicht. Wir haben im Westen einen Stand der Entwicklung erreicht, in dem die Menschen weniger zu leiden haben als je zuvor. Niemals haben so viele Menschen so zahlreiche Möglichkeiten gehabt, Menschen zu sein.»*

Solche Erkenntnis bedeutet nicht Satttheit, geschweige denn Selbstzufriedenheit. Ich habe Probleme und Gefahren skizziert, die uns herausfordern. Doch brauchen uns diese nicht zu erdrücken, weil wir über *Möglichkeiten zur Läuterung und Festigung* des bisher Erreichten verfügen. Im vollen Bewusstsein, dass der Schlüssel zur Lösung zahlreicher Probleme ausserhalb unserer Reichweite liegt, gibt es Chancen, die wir in unserem Land nutzen können. Ich beschränke mich auf deren drei.

- a) Die soziale Marktwirtschaft wird getragen und soll weiterhin getragen werden vom Unternehmer, seinen Mitarbeitern und vom Staat. Heute gilt es vor allem, *sich vom Mythos der staatlichen Machbarkeit zu lösen* und *die Sozialpartner aufzuwerten*. Dazu taugen wirklichkeitsfremde Mitbestimmungsmodelle ebensowenig wie ein Herr-im-Haus-Standpunkt des Unternehmers. Die Einsicht muss sich durchsetzen, dass sich *Innovationskraft* nur in Freiheit und im Leistungswettbewerb entfalten kann. *Amtsstuben* sind vom rauhen Wind der Konkurrenz, von Risiko, Gewinn und Verlust abgeschirmt. Sie *bieten keinen guten Nährboden für kreatives wirtschaftliches Schaffen*. Staatliche Verbote, Gebote, Institutionen und Planungen im Übermass lähmen und beengen. Ein markantes Beispiel für Illusionen über staatliche Aktivitäten ist die Initiative der Sozialdemokraten für eine vermeintlich wirksame Beschäftigungspolitik im Kanton Aargau. *Langfristige Arbeitsplatzsicherung* erfordert neben der Fähigkeit zur Innovation und dem Mut zu betrieblichen Umstrukturierungen insbesondere
- die Anpassung des Forderungskatalogs in Staat und Wirtschaft an die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und Grenzen;
  - den Verzicht auf die weitere fiskalische Eskalation;
  - die Lockerung der zahlreichen Indexautomatismen mit ihren unheilvollen Spiralwirkungen. Solange wir nicht den Mut aufbringen, allzu starre Indexbindungen bei Löhnen, Renten, Subventionen und dergleichen zu lockern, bleibt alles Gerede über die neue *Inflationsgefahr* scheinheilig und Selbstbetrug.
- b) Die Notwendigkeit, im politischen Forderungskatalog Prioritäten zu setzen, zwingt dazu, der Ruhe und Ordnung im Innern sowie der Behauptung der Unabhängigkeit nach aussen wieder einen höheren Stellenwert einzuräumen. *Die allzu lange mitleidig belächelte «Nachwächterfunktion» des Staates hat nicht ausgedient* – im Gegenteil! Wenn uns Herr Hubacher in diesem Zusammenhang vorwirft, wir seien «auf dem besten Weg, hinter die Zeit von 1848 zurückzugehen», so verdriesst uns diese Rhetorik nicht. *Wir treiben keine Demontage des Sozialstaates, aber wir dulden auch keine Demontage des Rechtsstaates*. Die Chancen, den sozialistischen «Marsch durch die Institutionen» aufzuhalten oder mindestens zu verzögern, werden im übrigen um so günstiger, *je enger die bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten*. Angesichts der vielfältigen Bedrohungen unserer gemeinsamen Eckpfeiler sollten Nebenkriegsschauplätze

nicht hochgespielt, sondern die Kräfte auf die genannten wirtschaftlichen und politischen Schwerpunkte konzentriert werden. Könnte nicht gerade die AG 81 ein Anlass sein, wo sich Gleichgesinnte verschiedener politischer und wirtschaftlicher Herkunft auf ihre gemeinsame Stärke besinnen und sich zu einem engeren Schulterschluss verpflichten sollten?

- c) Mit dem Hinweis auf einige wirtschaftliche und politische Möglichkeiten zur Läuterung und Festigung unserer freiheitlich-föderalistischen Staatsordnung und der sozialen Marktwirtschaft dürfte auch bereits sichtbar geworden sein, dass letztlich entscheidend jene *persönliche Grundhaltung* ist, die in der Verantwortung sich selber und dem Nächsten gegenüber, im Willen zur Leistung und zum Risiko wurzelt. Ohne diese Grundhaltung bleiben *Mass, Bescheidenheit und Solidarität* leere Worte. Und doch hängt es von dieser Grundhaltung ab, ob wir Staat und Wirtschaft nicht mehr länger überfordern, ob wir *kleine, überschaubare Verhältnisse* – die Gemeinden und Kantone, Klein- und Mittelbetriebe – aufwerten, und so dem Einzelnen wieder vermehrt Geborgenheit und Selbstsicherheit bieten. Primär diese geistigen Werte machen uns fit für die Zukunft. Wenn es zutrifft, dass diesbezüglich in der Familie sowie in der kleinen staatlichen und wirtschaftlichen Gemeinschaft das Entscheidende geschieht, dann darf doch wohl auch der *Kleinstaat Schweiz* nicht an Minderwertigkeitskomplexen leiden. Wer sein eigenes Haus in Ordnung hält, erweist sich selber und seiner Umwelt den bessern Dienst als jene Weltverbesserer, die ihre innere Unruhe und Verwirrung auf andere übertragen und sich unbedacht in die Fangarme der internationalen Bürokratie werfen. Vielleicht könnte eine Rückbesinnung auch der *Kirchen* auf das, was die Seele des Menschen nötig hat, mehr Segen bringen als das oft allzu üppige und einseitige politische Engagement einer Institution, die über der Politik stehen sollte.

## Schlussbemerkungen

Gewerbe, Landwirtschaft und Industrie des Kantons Aargau dürfen heute mit berechtigtem Stolz die AG 81 als machtvolle Demonstration ihrer Leistungsfähigkeit eröffnen. Sie haben die Vergangenheit erfolgreich bewältigt, und sie sind gerüstet für die Zukunft. Was hat doch der bekannte Historiker Rudolf von Salis, tief im Aargau verwurzelt, in der 1971 erschienenen Jubiläumsgabe zum 125. Gründungstag des «Aargauer Tagblattes» geschrieben:

*«Die Schweiz ist eine Kleinwelt, und in ihr ist der Aargau eine kleinere Kleinwelt. ... Es ist fast ein Wunder, dass die Veränderung der Zivilisation dem Menschenschlag unter diesem Himmelsstrich so wenig anzuhaben vermochte. Es wäre fehl am Platze, wenn man dieses Überdauern bestimmter menschlicher und sozialer, auch politischer Eigenschaften (soll ich sagen: Tugenden) abschätzig als provinziell, als überlebte Kleinwelt bezeichnen würde; es sei denn, dass man Ausdrücke wie Provinz und Kleinwelt in ihrem positiven Sinn gebraucht, als eine biologische und soziale Lebensform, die sich dadurch auszeichnet, dass sie Bestand hat und nicht irre geworden ist an bestimmten Wertmassstäben.»*

Seither sind weitere 10 Jahre Geschichte, auch Aargauer Geschichte, geschrieben worden. Es war auch für uns ein hektisches Jahrzehnt mit mannigfaltigen Veränderungen. Und doch: Wenn wir den Blick über die Grenzen unseres Kantons hinaus, vor allem in die grossen Agglomerationen von Basel und Zürich, werfen, oder wenn wir gar an ausländische Dimensionen denken, so hat unsere Kleinwelt mit einer gut ausgebildeten, fleissigen und genügsamen Bevölkerung Bestand gehabt. Orientieren wir uns weiterhin an diesen Wertmassstäben, also an einem hohen Stand der Bildung und Forschung, an Fleiss und Leistung sowie an Genügsamkeit, dann bleiben wir fit für die Zukunft, und dann wird unsere aargauische Ausstrahlungskraft auch gesamtschweizerisch ihre Früchte tragen.

